

Thesen zum Workshop

**„Regionale Autonomie unter den Bedingungen von Globalisierung
und staatlichen Transformationsprozessen“**

München, 3. Dezember 2001

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN DER GEWÄHRUNG REGIONALER RECHTE

Prof. Dr. Roland Sturm, Institut für Politische Wissenschaft,
Universität Erlangen-Nürnberg,

- 1) Die finanziellen Auswirkungen der Gewährung regionaler Rechte können nicht unabhängig von Politikfeldern und Regierungsformen bestimmt werden.
- 2) Kosten und Nutzen der Dezentralisierung politischer Systeme sind ökonomischer und gesellschaftlicher Art.
- 3) Nur für einige Politikbereiche, wie z.B. die Regionalentwicklung, liegt mit der „Sozialkapital“-These ein Erklärungsansatz vor, der relativ konsistent den ökonomischen und politischen Nutzen der Gewährung regionaler Rechte argumentiert.
- 4) Der Föderalismus löst nicht automatisch die Probleme der Gewährung regionaler Rechte.
- 5) Das Konnexitätsprinzip und das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz optimieren die finanziellen Zugewinne durch die Gewährung regionaler Rechte.
- 6) Der Nutzen der Gewährung regionaler Rechte entspringt nicht automatisch betriebswirtschaftlichen Überlegungen, sondern ist vor allem eine Funktion der Bereitschaft der zentralstaatlichen Ebene, die Gewährung regionaler Rechte politisch anzuerkennen.
- 7) Die Entscheidung über die Verankerung regionaler Rechte in der jeweiligen Verfassung, sowohl was Ausgabenrechte als auch Rechte in der Steuerpolitik betrifft, ist die entscheidende Variable für finanzielle Zugewinne durch die Gewährung regionaler Rechte.

- 8) Ein theoretischer Kostenvergleich der Staatsformen ergibt, dass die Übertragung regionaler Rechte in Staatsformen, die dem Modell des “dualen Föderalismus” am nächsten kommen, am kostengünstigsten ist, während eine Übertragung regionaler Rechte in Form eines Politikverflechtungsmodells des Föderalismus die deutlich ungünstigste Variante ist, kostengünstigster selbst als der Einheitsstaat bzw. der dezentrale Einheitsstaat (devolution).
- 9) Die empirische Überprüfung der Kostenstrukturen des Politikverflechtungsmodells am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland bestätigt das theoretische Modell. Am aufwendigsten wäre eine Verfassungsänderung zur Beseitigung der Mängel der Übertragung regionaler Rechte, gefolgt von einer Reform der Finanzverfassung über eine Reform der Mechanismen der Entscheidung im weitgehenden Konsens bis hin zu den Kosten ineffizienter politischer Ebenen.
- 10) Die am britischen Beispiel untersuchte Devolutionlösung ist auf der Einnahmenseite weiterhin identisch mit dem Zentralismus des Einheitsstaates. Eine Aufgabenübertragung findet nur bei der Ausgabenpolitik statt. Hier wird klar, dass die Gewährung regionaler Rechte v.a. indirekt durch die Vermeidung von Demokratiekosten, die aus Regionalkonflikten erwachsen, Vorteile zeitigt. Hinzu kommen aber inzwischen auch ökonomische Effizienzgewinne durch die Aufgabenerledigung vor Ort bei kontrollierten Verwaltungskosten.
- 11) Für die Bestätigung der theoretischen Überlegungen zur Effizienz der Aufgabenübertragung im dualen Föderalismus wird für die Ausgabenpolitik das Beispiel der Dezentralisierung der Sozialpolitik in den USA herangezogen. Gerade für die Sozialpolitik wurde argumentiert, dass sie sich zur Aufgabenübertragung an die Regionen nicht eigne, weil diese ein “race-to-the-bottom” bei den Sozialleistungen der Bundesstaaten zur Folge hätte. Es kann gezeigt werden, dass dies nicht der Fall ist. Exemplarisch für die Einnahmenseite wird anhand des Beispiels der kanadischen Provinzen gezeigt, dass gewachsene regionale Eigenverantwortung in erheblichem Maße mit einer kostenbewußteren Haushaltspolitik einhergeht.
- 12) Die Übertragung regionaler Rechte ist immer dann sinnvoll, wenn sie in Abstimmung und mit der Zustimmung der Betroffenen geschieht, wenn die übertragene Materie lokal oder regional möglichst vollständig überschaubar und kontrollierbar ist, wenn regional ausreichend Regelungskompetenzen entstehen und wenn die Finanzierung in möglichst hohem Maße durch diejenigen gewährleistet wird, die in den Genuß der regionalisierten Rechte kommen.